Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

79 (20.3.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatl. 15.— Mk., in den Ausgabestellen abgeholt monatl. 12.50 Mk., auswärts durch unsere Agentur bezogen 15.— Mk. monatl.

Einzelverkauf Werktags 50 Pfg., Sonntags 60 Pfg.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Rittersir. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 2.65 Mk.; auswärts 3.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 1.90 Mk.; Reklamezeile 8.50 Mk., an erster Stelle 10.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 79. — Montag, den 20. März 1922 — Erstes Blatt.

Verband südwestdeutscher Industrieller.

Im großen Saale des Friedrichshofs in Karlsruhe begann am Sonntag vormittag die 8. ordentliche Generalversammlung des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller, die von dem 1. Vorsitzenden Kommerzienrat Stoeß-Heidelberg eröffnet wurde, der die zahlreich Erschienenen begrüßte, darunter die Vertreter der Behörden: Staatssekretär Dr. Müller vom Reichsministerium für den Wiederaufbau, Ministerialdirektor von Stockhammer als Vertreter des Reichsministers des Aeußern, Minister des Innern Remmele, den Präsidenten des Wasser- und Straßenbaus Dr. Paul, Oberbaurat Dr. Courtin, Vertreter der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe. Ferner begrüßte der Vorsitzende die Vertreter der Oberpostdirektion, der Stadt Karlsruhe, der Handelskammer, der badischen Bergwerksdirektion, des Finanzministeriums, des Badischen Landesauftragsamtes. Im Anschluß an seine Begrüßungsworte führte der Vorsitzende u. a. noch folgendendes aus: Der Verband Südwestdeutscher Industrieller hat in erfreulicher Weise an Mitgliedschaften zugenommen, und die Geschäftsstelle wird in einer Weise in Anspruch genommen, wie nie zuvor. Das ist aber auch das einzig Erfreuliche, denn der wirtschaftliche Krieg dauert nach wie vor unverändert stark an. Wir werden nach wie vor in eine schwarze Zukunft zu blicken haben. Als Träger der Weltwirtschaft müssen wir die Augen aufmachen, aber, was die Hauptsache ist, Ausdauer zeigen. Wir haben das beste Vorbild an England; es ist das klassische Land des wirtschaftlichen Zusammenstehens. Diese großzügige Toleranz ist es, die das Weltreich England trägt. England hat augenblicklich außerordentliche Schwierigkeiten (Indien, Aegypten, Verhältnis Frankreich gegenüber) zu überwinden. Es steht fest, daß in England Handel und Wandel in starkem Maße darniederliegt, daß das Volk dieses aber mit verhältnismäßig großer Geduld trägt. Die deutsche Industrie hat nach wie vor eine schwere Last zu tragen, und sie wird sich nur zu behaupten vermögen, wenn sie fest zusammensteht. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß in unserer Arbeiterschaft immer mehr Verständnis dafür Platz greift, daß die Interessen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer sich decken. Nur wenn es uns gelingt, den schweren Schatten der noch auf uns liegt, zu beseitigen, nur wenn wir uns durch das Dunkel, das uns umgibt, durcharbeiten können, werden für unsere Kinder und Kindeskinder die Tage eines einigen, großen Deutschlands kommen. (Starker Beifall).

Als Vertreter der Reichsregierung sprach Staatssekretär Dr. Müller, der in seinen Ausführungen betonte, daß nach dem Ausgang des Krieges die süddeutschen Interessen immer mehr die Aufmerksamkeit der Reichsbehörden fordern und daß deshalb mit Fug und Recht der Reichsaußenminister den Interessen im Verband ein ganz besonderes Wohlwollen entgegen bringe.

Minister Remmele führte aus, die bad. Regierung sei seit dem Zusammenbruch ehrlich bestrebt, im Benehmen mit der Industrie und den maßgebenden Kreisen der Wirtschaft die Interessen unserer allgemeinen Wirtschaft nach Möglichkeit zu fördern. Wir wissen und sind fest davon überzeugt, daß unsere Industrie im Südwesten sich heute im deutschen Wirtschaftsleben in einer besonders schwierigen Situation befindet. Wir werden auch in Zukunft den Weg geradeaus gehen, damit den großen Allgemeininteressen, die auch Sie zusammenführen, gedient wird. Ist unsere Zeit jetzt auch trübe, so dürfen wir doch nicht verzweifeln. Arbeitslust und Pflichtbewußtsein, von welchem unser deutsches Volk früher so sehr beherrscht war, haben zwar heute noch nicht den früheren Stand erreicht, aber sie sind im Wachsen begriffen und stärken die Hoffnung, daß es uns möglich wird, die Schwierigkeiten zu überwinden und daß wir uns wieder jene Stellung verschaffen, die für unsere Existenz notwendig ist. (Zustimmung).

Im folgenden wurden einige Aenderungen der Verbandssatzungen genehmigt. Dann verbreitete sich Verbandssyndikus Dr. Mieck-Mannheim über industrielle Tagesfragen.

Einleitend wies der Redner darauf hin, daß unsere Handelsbilanz passiv sei (nach offiziöser Darstellung ist sie seit einigen Monaten aktiv. D. Red.) und daß zu dieser passiven Handelsbilanz bei uns noch eine sehr weitgehende passive Zahlungsbilanz komme, die mit Recht als ein wesentlicher Grund unserer wirtschaftlichen Not bezeichnet wird und werden muß. Zur Beseitigung des Passivsaldos der deutschen Wirtschaft müsse in erster Linie eine gewaltige Steigerung unserer Ausfuhr erfolgen. Eine andere Frage aber sei es, ob es gelingen werde, eine gewaltig gesteigerte Produktion von Exportwaren im Ausland auch unterbringen zu können.

Der Redner untersuchte dann diese Frage im einzelnen und wies anschließend auf den erfreulichen Erfolg der Anfang dieses Monats in Leipzig abgehaltenen Messe hin, auf der sich nicht nur Abnehmer aus den ehemals feindlichen Staaten in verstärktem Maße, sondern auch Käufer aus den entferntesten Weltgegenden eingefunden hätten. Dieser Umstand sei deshalb bemerkenswert, weil doch durch den Krieg die Auslandskonkurrenz auf den verschiedensten Märkten der Welt festen Fuß fassen konnte, als die deutsche Industrie durch den Krieg an der Lieferung behindert war. Es zeige sich also jetzt, daß die Beliebtheit der deutschen Waren nicht nachgelassen habe; die Zukunft der deutschen Industrie werde zu einem nicht geringen Prozentsatz auf der Lieferung hochwertiger Qualitätswaren beruhen. Von einer Steigerung der deutschen Ausfuhr hänge auch in starkem Maße die Möglichkeit einer Balancierung des Etats des Deutschen Reiches ab. Allerdings werde es solange nicht möglich sein, die Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen, als die Entente auf der restlosen Erfüllung des Versailler Diktatfriedens bestehe, als sie uns fortgesetzt neue Lasten aufbürde und wir ungeheure Summen für Besatzungskosten zu zahlen hätten.

Ein Ausgleich des deutschen Etats werde nicht erreichbar sein, wenn die Entente nicht zu der Einsicht komme, daß eine Sanierung der deutschen Finanzen nur durch Gewährung internationaler Anleihen, durch eine Reduzierung der deutschen Reparationslasten und durch Aufhebung der allgemeinen Hypothek erfolgen kann, die auf Grund des Versailler Friedens auf den Einnahmen Deutschlands laste.

Darauf besprach der Redner den Vorschlag von Dr. Dalberg, Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, über die Einführung der Baukomark im Außenhandel. Dr. Dalberg sucht zu beweisen, daß nicht die Inflation, die Ueberflutung mit Papiergeld, die Haupttriebskraft der Währungszerrüttung sei, sondern daß der Währungsverfall auch in erster Linie durch die Zahlungsbilanz und den sich hieraus ergebenden Valutastand herbeigeführt werde. Dr. Mieck bezeichnete den Dalbergschen Vorschlag als so wichtig, daß man ihn einer eingehenden Prüfung auf seine Durchführbarkeit unterziehen sollte, und führte weiter aus, daß die Herbeiführung einer Balancierung des Etats des Deutschen Reiches auch so lange nicht möglich sein werde, als die großen Betriebe, Eisenbahn und Post, mit einem ständig zunehmenden chronischen Defizit abschlössen und an ihren bisherigen Verfahren festhielten, die Unterbilanz durch fortgesetzte Erhöhungen der Tarife und Gebühren decken zu wollen. Selbst wenn der Etat der Reichseisenbahn aus dem allgemeinen deutschen Etat herausgenommen werde, die Reichseisenbahnen aber ihr bisheriges Vorgehen fortsetzen und das chronische Defizit in der Hauptsache durch weitere Tariferhöhungen zu decken suchen, so werde dadurch eine derartig weitgehende Schwächung des deutschen Wirtschaftslebens und eine Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie herbeigeführt werden, daß die Folgen hiervon nicht ohne ernste Wirkung auf den allgemeinen deutschen Etat bleiben könnten.

Seitens des deutschen Wirtschaftslebens und namentlich seitens der deutschen Industrie, insbesondere der badischen und südwestdeutschen Industrie, die infolge ihrer ungünstigen geographischen Lage am stärksten hiervon betroffen werde, müsse auf das dringendste gefordert werden, daß von der Reichseisenbahn durchgreifende Maßnahmen zur Erreichung der finanziellen Gesundung der Reichsbahn getroffen werden. Der Referent behandelte darauf die durch den Eisenbahnerstreik hervorgerufenen weitgehenden wirtschaftlichen Schädigungen. Erfreulich sei, daß die dringende Forderung des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller nach weitgehender Durchstaffelung der Tarife zugunsten der entfernter gelegenen Gebietsteile inzwischen Wirklichkeit geworden sei. Diese Forderung der weitgehenden Durchstaffelung der Tarife auf größere Entfernungen sei diktiert durch direkte Existenznotwendigkeiten der badischen und südwestdeutschen Industrie. Mit dieser nun bewilligten Forderung aber erhebe sich eine zweite dringende Forderung, nämlich nach Gewährung von Wasserumschlagstarifen, die für die von den Wasserumschlagsplätzen ausgehenden Anschlußtransporte in Wirksamkeit treten. Man dürfe nicht ruhen, bis auch diese zweite berechtigte Forderung Erfüllung erfahren habe. Ein energischer Protest, so führte Dr. Mieck aus, müsse gegen die am 1. März ds. Js. erfolgte Erhöhung der Gütertarife und ein ebenso energischer Widerspruch gegen die am 1. April d. J. geplante abermalige 40prozentige Erhöhung der Gütertarife erhoben werden. Er forderte die Generalversammlung auf, sich dem vom Reichsverband der deutschen Industrie gegen die am 1. d. M. erfolgte weitere Gütertariferhöhung ergangenen Protest offiziell anzuschließen und damit gleichzeitig gegen die am 1. April geplanten abermaligen Tariferhöhungen zu protestieren. Der Protest lautete:

„Die allgemeinen Tarife betrugen schon vor dem 1. März 1922, namentlich für nähere Entfernungen, das 35- bis 40fache der Vorkriegstarife. Aber verglichen mit den Ausnahmetarifen der Vorkriegszeit ist die Steigerung noch weit höher. Sie betrug z. B. für Rohbaumwolle im Verkehr von den Seehäfen nach mittel- und süddeutschen Spinnereien das 60- bis 80fache der Vorkriegstarife, für andere Rohstoffe ebenso viel oder noch mehr. Die Frachterhöhungen haben jetzt schon die Geldentwertung weit überholt und sind zu einem gefährlichen Antrieb für weitere Geldentwertung geworden. Sie verteuern alle Rohstoffe und allen Verbrauch, führen zwangsweise weitere Lohnsteigerungen herbei, die nach den bisherigen Erfahrungen von der Eisenbahnverwaltung sofort wieder zur Begründung weiterer Frachterhöhungen verwendet werden. Es ist daher vor weiteren Schritten auf diesem gefährlichen Wege zu warnen und erneut von der Reichsbahn zu fordern, daß sie ihr Defizit durch wirtschaftliche Gestaltung des Betriebs beseitige, statt durch fortgesetzte schroffe Tariferhöhungen den Verkehr zu lähmen, die Geldentwertung zu verschlimmern, und mit der Steigerung aller Preise und Löhne ihr Defizit nur zu vergrößern."

Der Referent behandelte dann die geplante Aenderung der Privatanschlußgleisbedingungen, wies auf zahlreiche Beschwerden von Verbands-

Dr. Wirth und Genua.

t. **Mailand**, 20. März. Reichskanzler Dr. Wirth äußerte in einer Unterredung mit dem italienischen Abg. Musolini sein Bedauern darüber, daß die Ver. Staaten ihre Teilnahme an der Konferenz von Genua abgesagt hätten. Seiner Ansicht nach sei der endgültige Wiederaufbau Europas nur möglich, wenn sich die Ver. Staaten daran beteiligten; Europa habe außereuropäische Hilfe nötig. Ohne daß die Staaten auf ihre nationale Denkungsart verzichten müßten, müsse man Europa als eine Wirtschaftseinheit betrachten. Für den russischen Wiederaufbau sei Geld und Arbeit nötig. Deutschland könne kein Kapital zu diesem Zwecke aufbringen, sondern nur die Hilfe und Arbeit seiner Techniker. Im Verhältniis zu Italien bezeichnete Dr. Wirth die Schaffung guter Verbindungen als das Wichtigste. Der Reichskanzler wußte noch nicht, ob er nach Genua gehen werde.

Die Entscheidung über den Zahlungsaufschub.

t. **Paris**, 20. März. Die für heute Montag erwartete Entscheidung der Reparationskommission über die Stundungsfrage umfaßt bekanntlich zwei Punkte, 1. die eigentliche Stundung, 2. die sogen. Garantiebedingungen für die Stundungsgewährung. — Die Stundung selbst wird wahrscheinlich in dem in Cannes vereinbarten Umfange gewährt werden. Ueber die Garantiebedingungen verlautet bis jetzt noch nichts Genaues. Der Temps will wissen, daß die Garantiebedingungen folgende Punkte betreffen: Autonomie der Reichsbank, Gleichgewicht des Reichshaushalts durch Steuern oder Anleihen, Verhütung der Kapitalflucht, Einschränkung des Notenumlaufes. Die Ausführung dieser Garantiebedingungen wird von der Garantiekommission kontrolliert werden.

Pflichten des Parlamentariers.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Der deutsche Reichstag bot an den drei letzten Sitzungstagen der veergangenen Woche ein merkwürdiges Schauspiel. Die erste Rednergarnitur für die große Aussprache über die Steuergesetzgebung präsentierte sich, so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", vor gänzlich leeren Bänken. Wer sich im parlamentarischen Leben auskennt, geht mit Gelassenheit an Erscheinungen des Sitzungssaales vorüber, die dem Neuling auf der Zuschauertribüne den Atem rauben. Redner vor leeren Bänken — wer verliert darüber heute noch ein Wort? Diesmal jedoch verlangen die leeren Bänke mehr eine symptomatische Bedeutung. Die beiden linksradikalen, kleinen Fraktionen, die sonst keine Muster des parlamentarischen Fleißes sind, machten sich die Bequemlichkeit der anderen zu Nutze und versuchten es mit andauernden Obstruktionen. Da war es erstaunlich, zu sehen, wie die Regierungssozialisten und sämtliche bürgerlichen Fraktionen den Kommunisten das Possenspiel erleichterten. Ein bißchen Wachsamkeit in den ersten Tagen hätte genügt, um die Störung und die Verschleppungstaktik der Kommunisten im Keime zu ersticken. Aber gedankenlose Gewohnheit triumphierte über ein so naheliegendes Gebot der parlamentarischen Pflicht. Immer wieder mußte Glockensignal und Sirenen die Fraktionen der Koalition aus dem Erfrischungsraum herbeirufen. Und wenn sie dann in den Saal stürzten, wurde ihnen klar gemacht, daß schon wieder eine kleine Obstruktion der Kommunisten sie an ihre parlamentarischen Pflichten hatte erinnern müssen. Die Feinde unserer Staatsordnung und des Parlamentarismus als parlamentarischer Erzieher!!! Dieses Bild sollte der deutsche Reichstag nicht allzu oft der Welt bieten, besonders nicht bei so wichtigen Anlässen.

Die Not der Zeitungen.

Die Abgeordneten Kniest, Pohlmann, Dr. Fick, Weiß und Kerschbaum haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

„Die Not im Zeitungsgewerbe wächst ständig. In der schwierigsten Lage befinden sich die Zeitungen, die in der Hauptsache von den mittleren Schichten der Bevölkerung gelesen werden, und auch die Fachpresse des gewerblichen Mittelstandes. Trotzdem der Reichstag zur Verbilligung der wahnsinnigen Papierpreise entsprechende Beschlüsse gefaßt und sogar eine Kommission zur Erhebung eingesetzt hat, geschieht nichts. Ist die Reichsregierung bereit, endlich durchgreifende Maßnahmen zu treffen, damit nicht ein großer Teil der Presse zur Stillegung oder zum Verkauf ihrer Betriebe gezwungen wird?"

Der jetzige Preis für 1 Kilogramm Druckpapier beträgt 8.25 Mk. gegenüber 20 Pfennig im Frieden, also das 41fache.

Die Verhandlungen über Oberschlesien.

Genf, 20. März. Die deutsch-polnischen Verhandlungen sind nunmehr in das Endstadium eingetreten, und man rechnet damit, daß sie noch in dieser Woche zum Abschluß gelangen. Das nahende Ende der Verhandlungen kennzeichnet sich auch äußerlich bereits im Abbau der deutschen Abordnung. Deutsche Unterhändler und Sachverständige haben bereits Genf verlassen. In den Gewerkschaftsfragen gelang es, den wesentlichen Interessen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Die Verbindung der Gewerkschaften Oberschlesiens mit dem Zentralvorstand in Deutschland wird aufrecht erhalten. Auch in allen Minderheitsfragen ist vollständige Einigkeit erzielt worden. Insbesondere ist hervorzuheben, daß auch die Frage der Sprache in den lokalen Parlamentsvertretungen nunmehr eine liberalere Lösung erfuhr. Die Zulassung der deutschen Sprache in der Provinzialvertretung aller künftig polnisch werdenden Teile Oberschlesiens ist gesichert, wie andererseits die polnische Sprache im Provinziallandtag von deutscher Seite zugelassen wird.

Gegen Unrecht und Gewalt.

Saarbrücken, 19. März. Die Vertreter aller Parteien — mit Ausnahme der Linksradikalen — fordern in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Regierungskommission für das Saargebiet auf, umgehend an die Errichtung einer Volksvertretung für das Saargebiet heranzugehen. Diese Volksvertretung soll nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Parteien fordern für die Volksvertretung volles Mitbestimmungsrecht und Immunität der Abgeordneten.

Königsberg, 19. März. Gegen die drohende Abschnürung Ostpreußens von der Weichsel, wie sie durch die am 13. März von der interalliierten Grenzfestsetzungskommission bestimmte Weichselgrenze einträte, beschloß der Provinziallandtag einstimmig folgende Erklärung: „Der ostpreußische Provinziallandtag erhebt schärfsten Einspruch gegen die von der interalliierten Grenzfestsetzungskommission am 13. März vorgenommene, dem Friedensvertrag zuwiderlaufende Festsetzung der Weichselgrenze. Er verlangt, daß die Reichsregierung die Annahme dieser ungerechten Entscheidung ablehnt".

Französische Kolonialskandale.

Paris, 19. März. In der gestrigen Sitzung der Kammer stand die Anfrage des Abgeordneten von Guadeloupe, Boisnous, über die Skandale bei der Lequidation der deutschen Güter in den fruanzösischen Kolonien, namentlich in Togo und über die schlechte Behandlung der Eingeborenen zur Debatte. Der Interpellant führt Einzelheiten aus der Liquidierung der deutschen Güter in Togo an und teilt u. a. mit, daß der französische Staat der Gesellschaft für die Ausbeutung Togos sehr umfangreiche Gebiete auf die Dauer von 75 Jahren abgetreten habe. Er verweist auf die elsaß-lothringischen Abgeordneten, die küzrlich die Kammer von den bei ihnen vorgekommenen Skandalen in Kenntnis gesetzt hätten und sagt alsdann, Elsaß-Lothringen liege ganz nahe bei Frankreich. Wie könne man sich da wundern, daß die gleichen Skandale in einer fernen Kolonie vorkämen. Frankreich werde in seinen Kolonien alle Tage verraten. Nach dem Interpellanten hat die französische Regierung entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages unter den Eingeborenen Zwangsrekrutierungen. Der Redner zitiert mehrere Dokumente, denen zufolge die Bevölkerung von Togo in einem wahren Skandalzustand lebt. Dabei sei doch seit 1848 die Sklaverei abgeschafft. —

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

firmen in Sachen der Erhebung von Wagenstandsgeldern und ferner darauf hin, daß die Klagen der Industrie über die häufigen Beschädigungen von Industrieerzeugnissen auf dem Bahntransport sich ständig vermehrten.

Er besprach dann die von allen Seiten und auch in der Tagespresse erhobene Forderung, daß in Deutschland mehr als bisher gearbeitet werden müsse und bezeichnete es als außerordentlich bedenklich, wenn jemand von seiner Arbeit, die er freiwillig zu leisten willens und bereit sei, zwangsweise abgehalten wird. Das Einkommen aus der Arbeit, die von jemandem über den Achtstundentag hinaus freiwillig gegen besondere Bezahlung im Betrieb geleistet werde, könnte die Befriedigung höherer Lebensbedürfnisse gewährleisten.

Darauf besprach der Referent die Frage der Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten und erhob namens des Verbandes Protest gegen die am 24. Februar auf einer Tagung in Frankfurt a. M. erhobene Forderung, daß die bayerische Rheinpfalz zu einem event. rheinmainischen Bezirkswirtschaftsrat geschlagen werden solle.

Die Wirtschaftskreise der bayerischen Rheinpfalz selbst seien gegen einen Anschluß an einen eventl. zu errichtenden rhein-mainischen Bezirkswirtschaftsrat, und in der Rheinpfalz wolle man den Anschluß an Bayern und an Baden. Was nun überhaupt die Frage der Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten anbetrifft, so sei darauf hinzuweisen, daß die Errichtung derselben außerordentlich große Kosten verursachen würde, die sich das deutsche Volk heute nicht zu leisten vermöge. Es sei deshalb auch bekanntlich der Vorschlag gemacht worden, den Bezirkswirtschaftsrätegedanken durch eine paritätische Ausgestaltung der Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern zur Durchführung zu bringen. Die Handelskammern hätten sich nun gegen solche paritätische Ausgestaltung ausgesprochen und statt dessen die Bildung paritätischer Ausschüsse bei den Kammern vorgeschlagen. Auch der Verband befürwortete diesen letzteren Vorschlag.

Darauf erörterte Dr. Mieck die Stellungnahme des Verbandes zu den einzelnen Steuergesetzentwürfen und sprach sich energisch dagegen aus, daß der neuen Umsatzsteuer rückwirkende Kraft gegeben werde. Eingehend behandelte er darauf das Reparationsproblem, das Wiesbadener Abkommen, Wiederaufbaulieferungen im sogen. „beschränkt freien Verkehr" und anschließend das geplante neue Abkommen über Sachlieferungen, die im unmittelbar freien Verkehr zwischen deutschen Lieferern und Abnehmern auf Ententeseite erfolgen sollen. Er wies darauf hin, daß von der deutschen Industrie hinsichtlich des geplanten neuen Abkommens unbedingt gefordert werden müsse, daß der Umfang, in dem sich der freie Verkehr vollziehen solle, entsprechend begrenzt und festgelegt werde, denn die deutsche Industrie müsse stets über genügend Exportwaren, die nicht für Sachleistungen für Reparationszwecke festgelegt seien, verfügen können, um ausländische Devisen durch den Export hereinbringen zu können. Weiter sei zu fordern, daß eine Wiederausfuhr der im „freien Verkehr" getätigten Sachleistungen, — wenn z. B. solche Sachleistungen im freien Verkehr nach Belgien erfolgt seien — nach anderen Ländern unbedingt verhindert werden müsse. Die deutsche Regierung müsse sich von der vertragschließenden Gegenseite in dieser Hinsicht die festesten Garantien dafür geben lassen, daß eine solche Weiterausfuhr der gelieferten Sachleistungen nach anderen Ländern unter allen Umständen unterbleibe, weil sonst der deutschen Volkswirtschaft nicht wieder gut zu machender Schaden zugefügt werde. Eingehend behandelte der Referent darauf die wichtige Frage der Bezahlung der Reparationsleistungen.

Nachdem Dr. Mieck anschließend einige wichtige handelspolitische Fragen erörtert hatte, behandelte er eingehend die Frage der Einrichtung einer Einheitsversicherung und teilte mit, daß in Mitgliederkreisen das Bedürfnis nach der Zusammenfassung möglichst aller einzelnen Sachversicherungszweige (Feuer-, Transport-, Aufruhr-, Einbruch-, Diebstahl-, Wasserleitungsschäden-Versicherung usw.) in einem Vertrage mit einheitlichen Versicherungssummen, einheitlichen Prämiensätzen und mit einem Ablaufs- und Kündigungstermine bejaht werde. Die Bejahung des Bedürfnisses nach Einrichtung einer sogen. Einheitsversicherung werde vor allem damit begründet, daß eine solche Einheitspolice eine wesentlich einfachere und schnellere Deckungsmöglichkeit gewährleiste, zugleich eine Verbilligung der Versicherung herbeizuführen imstande sei.

Darauf berichtete der Redner über die günstige Weiterentwicklung des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller und betonte die Wichtigkeit des weiteren Ausbaues und der Stärkung der wirtschaftspolitischen Organisationen der Industrie.

Unerbittlich seien bisher die Anforderungen und Diktate unserer Gegner auf Grund des Versailler Diktatfriedens gegenüber Deutschland gewesen. Die Gewaltmaßregeln, die im Gefolge des Weltkriegs durch die einzelnen Friedensverträge erfolgten, krankten wirtschaftlich an dem fundamentalen Irrtum, daß man bei ihnen die Abhängigkeit der einzelnen in die Weltwirtschaft verflochtenen Volkswirtschaften von der Weltwirtschaft nicht berücksichtigte, daß man glaubte, mit Gewalt Wirtschaftspolitik treiben zu können, daß man übersah, daß Glieder einer Volkswirtschaft, die nicht verkaufen können, auch nicht zu kaufen imstande sind. Mögen die Ententestaaten, so führte der Redner aus, recht bald zur Einsicht kommen, daß das, was sie durch Cannes beabsichtigten, nämlich der deutschen Wirtschaft die Produktionskosten zu verteuern, ein falsches Mittel darstellt, das sich nicht zuletzt gegen sie selbst richten muß, weil sie durch eine Verteuerung der Produktion die Zahlungsfähigkeit ihres Schuldners nur noch mehr herabminderten. Möge die schwere Not des Vaterlandes, so schloß Dr. Mieck, alle Mtiglieder des Volkes immer mehr verbinden und zusammenführen, damit bei ruhigen innerpolitischen Verhältnissen durch gemeinsame anstrengende Arbeit die Jahre der Not und des Niedergangs überwunden werden, damit auch für unser geliebtes deutsches Vaterland recht bald wieder der Frühling kommt, damit das deutsche Volk, das, wenn es arbeitet und einig ist, nicht untergehen kann und darf, das deutsche Volk, das in der Vergangenheit der Welt so viel gegeben hat, wieder als vollgültiges Glied in die Weltwirtschaft eintreten kann, um den Fortschritten der Kultur und der Menschheit in verstärktem Maße zu dienen. (Lebh. Beifall.)

In der Aussprache verbreitete sich der Generalsekretär des Deutschen Versicherungsschutzverbandes, Prangel-Berlin, über das Versicherungswesen, im besonderen über die Einheitsversicherung. Handelskammerpräsident Gsell bemerkte, daß die Handelskammer sich gegen die Einführung paritätischer Handelskammern ausgesprochen habe.

Die deutschen Lieferungen an die Entente.

Staatssekretär Dr. Müller-Berlin gab Aufklärungen über Pflichtlieferungen an die Entente auf Grund des Friedensvertrages und über die freiwilligen Lieferungen. Durch das sogenannte Londoner Ultimatum ist der Kreis unserer Lieferungen ergänzt worden; wir sind auf Verlangen verpflichtet, nicht bloß zum Zwecke des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete zu liefern, sondern um die Ententeländer in den Stand zu setzen, mit dem Wiederaufbau oder der Entwicklung ihres industriellen und wirtschaftlichen Lebens fortzufahren. Diese Verpflichtung erweitert die deutsche Sachlieferungsverpflichtung praktisch dahin, daß eine Grenze hinsichtlich der Zweckbestimmung nicht mehr besteht. Wir haben mehrfach versucht, unsere Verpflichtungen in geordnete Bahnen zu lenken; das hat zu verschiedenen Verständigungen geführt. Der Wiederaufbau in Nordfrankreich ist immer noch nicht so vorgeschritten, wie wir es gewünscht hätten und zwar aus dem Grunde, weil Frankreich nicht in der Lage ist, den Wiederaufbau in dem erforderlichen Maße zu finanzieren. Das Wiesbadener Sachabkommen sieht vor, daß für 7 Mill. Mark innerhalb 4½ Jahren für Zwecke des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete nach Frankreich Sachleistungen zu liefern sind. Dieses Abkommen ist lediglich zwischen der deutschen und der französischen Regierung beschlossen, ist aber von der Reparationskommission noch nicht genehmigt worden. Die Durchführung des Wiesbadener Abkommens ist nicht einfach und die in der Oeffentlichkeit dagegen laut gewordenen Widerstände sind deshalb begreiflich. Sie richteten sich hauptsächlich gegen die Höhe des Abkommens, gegen den Frankreich gewährten Kredit und gegen die Art des Lieferungswesens. Diese geht dahin, daß einer französischen Organisation der Anforderung eine deutsche Lieferungsorganisation gegenüber gestellt werden soll. Der Staatssekretär machte dann nähere Mitteilungen über das Bemelman-Abkommen, das im Gegensatz zum Wiesbadener Abkommen den freien Verkehr einführt auf der Grundlage des normalen Handelsverkehrs zwischen Bestellern und Lieferanten. Für einen solchen Verkehr mußten natürlich Vorkehrungen getroffen werden, damit kein Ausverkauf Deutschlands stattfindet. Das Abkommen schließt gewisse Artikel, wie Nahrungs- und Genußmittel, Düngemittel und andere vom freien Sachleistungsverkehr aus. Das Abkommen selbst ist seitens der deutschen Regierung und der Reparationskommission noch nicht genehmigt. Es ist vorbehalten, mit anderen Ländern, mit denen wir derzeit andere Abkommen haben, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse dieser Länder in Verhandlungen einzutreten, um auch für sie das freie Sachlieferungsverfahren anzuwenden. Zu diesem Zweck erschienen am Samstag der vorletzten Woche zwei Vertreter der französischen Regierung in Berlin mit dem Wunsche, zu verhandeln, ob und unter welchen Voraussetzungen das sogenannte Bemelmanabkommen grundsätzlich auf das Wiesbadener Abkommen einzustellen sein möchte. Wir haben uns nach eingehenden Erwägungen entschlossen, der Prüfung näher zu treten und haben eine Verständigung vereinbart unter Aufrechterhaltung des Wiesbadener Abkommens die Grundsätze des freien Sachlieferungsabkommens für den Wiederaufbau Nordfrankreichs und unter Beschränkung darauf zuzulassen. Pressemitteilungen, daß die freien Sachlieferungen Frankreich gegenüber unbeschränkt sind, sind unrichtig; der freie Verkehr bezieht sich nur auf den Rahmen des Wiesbadener Abkommens, also nur für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Auch dieses Abkommen hat die Genehmigung der deutschen Regierung noch nicht erhalten. Sie ist ausdrücklich vorbehalten. Anderweite Mitteilungen der Presse sind nicht zutreffend. Vorbehalten ist ferner die Genehmigung der Reparationskommission und die Genehmigung des Wiesbadener Abkommens durch diese, sowie die Genehmigung des Bemelman-Abkommens.

Oberbaurat Courtin äußerte sich zu Tariffragen bei den Eisenbahnen. Organisatorische Maßnahmen lassen sich nicht von heute auf morgen durchführen; wir können nicht sofort soundsoviele Angestellte entlassen. Die organisatorischen Maßnahmen sind aber im Gange. Im Augenblick sind nur Tariferhöhungen möglich, um das Defizit zu decken. Wir tun nur dasselbe, was jeder Kaufmann tut, bei dem ungünstigen Stand der Eisenbahn spiele eine Reihe Momente mit: Demobilmachungsverordnung, Einstellung von Kriegsbeschädigten, Achtstundentag, Wohnungsfrage. Bei den badischen Eisenbahnen müssen auf 1. April 850 Mann entlassen werden. Mehr Personal als vor dem Kriege benötigen wir aber immer noch. Unsere Lokomotiven und Wagen sind furchtbar heruntergekommen. Der Reparaturstand bei den Lokomotiven war vor dem Kriege 20 Prozent, heute ist er 35 Prozent. Dabei wird bei uns der Achtstundentag nicht systematisch durchgeführt. Gegen die Rädelsführer des Streiks wird auch in Baden streng vorgegangen; die Disziplinarverfahren sind im Gange. Auch gegen Diebstähle wird mit größter Schärfe eingeschritten. Nachdem die Gerichtsverfahren in den umfangreichen Mannheimer Diebstählen abgeschlossen sind, haben die Disziplinarverfahren ihren Anfang genommen.

Der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Schneider-Berlin, machte sodann Mitteilungen über die neuen handelspolitischen Abkommen Deutschlands mit anderen Staaten und bemerkte dabei, daß es für uns notwendig ist, die sogen. Valutazuschläge bei neuen Zolltarifen zu vermeiden, die handelspolitischen Verträge dauerhaft zu machen und ihnen die Unsicherheit zu nehmen. Die früheren zwölfjährigen Perioden der Handelsverträge waren ein gutes System, das dem Kaufmann freie Hand auf lange Dauer gab; es ist nicht nur durch den Krieg zerstört worden, sondern vielfach erst nach dem Kriege, wo die früheren Methoden der Stabilisierung zerschlagen wurden. Die Konferenz von Genua, die sich auch mit dieser Frage zu beschäftigen haben wird, kann zu keinem anderen Resultat kommen, als daß die Zerstörung der Differenzierung von Verträgen aufhören muß und daß für Europa nichts anderes übrig bleibt, als zu den alten Methoden zurückzukehren und langfristige Verträge abzuschließen. Ohne diese ist ein gesunder Welthandel unmöglich.

Die freie Verfügung über den neuen deutschen Zolltarif erhalten wir bis zum 10. Januar 1923. Der Redner untersuchte dann die Frage, ob es überhaupt notwendig sei, Schutzzölle einzuführen, ob Zölle nicht etwas veraltetes seien und betonte, daß es für Deutschland nicht möglich sein wird, ohne Zölle auszukommen. Wenn wir zu gleichen Bedingungen mit dem [illegible] kommen, wird sich zeigen, daß Deutschland ein teueres Land ist. Auch der Valutasturz hat einmal ein Ende. Den inneren Markt müssen wir uns durch Schutzzölle schützen, und für den Export werden wir auf das angespannteste arbeiten müssen, und dann wird es aufhören, daß Deutschland nachmittags 4 Uhr Feierabend macht.

Ministerialdirektor v. Stockhammern ergänzte die Ausführungen des Vorredners und machte nähere Mitteilung über die Entwicklung der deutschen auswärtigen Wirtschaftspolitik. Er schloß: Ohne Optimismus kommen wir nicht vorwärts; Pessimismus lähmt die Energie. Je länger die Krise dauert — die eine Weltkrise ist —, je mehr kommt die Erkenntnis zum Ausdruck, daß der Grund der Krise das deutsche Elend ist. Ich glaube, wir können damit rechnen, daß wir wieder eine Zeit erleben, wie sie früher gewesen ist, und zwar deswegen, weil Deutschland die Gefahr überwunden hat, zu zerfallen. Hätten wir unser Vaterland verloren, so hätten wir alles verloren, da wir aber das Deutsche Reich erhalten haben, so haben wir auch das Vertrauen eines großen Teils des Auslandes uns erhalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Am Schlusse der Tagung hörte die Versammlung noch Referate von Generaldirektor W. Wiedemann-Berlin über den deutschen Ueberseedienst-Konzern, von Oberingenieur Gleichmann-Dortmund über industrielle Wärmewirtschaft und von Ingenieur Berg-Karlsruhe und Dipl.-Ing. Brandt-Mannheim über die Entwicklung des Lokomotivbaues und des Lokomobilbaues.

Mit Beifall wurde die Mitteilung des Vorsitzenden entgegengenommen, daß das Direktorium des Verbandes Kommerzienrat Kammerer-Pforzheim und Fabrikant Batschari-Baden-Baden zu Ehrenmitgliedern ernannt habe.

Deutsches Reich

Die Demobilmachungsverordnung.

w. **Berlin**, 19. März. Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen an. Danach wird eine große Anzahl von Verordnungen bis zum 31. Oktober 1922 verlängert. Das Gesetz ermächtigt auch den Arbeitsminister zu einer Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung im Rahmen der verfügbaren Mittel.

Der Berliner Mietzuschlag.

h. **Berlin**, 19. März. Der Berliner Magistrat hat heute nachmittag endgültig Beschluß über die neuen Mietzuschläge gefaßt. Danach ist der Mietzuschlag für Wohnungen auf 120 Proz. der Friedensmiete festgesetzt.

Freie Lernmittel für Minderbemittelte.

t. **Berlin**, 20. März. Der Reichstagsausschuß für Bildungswesen hat die Reichsregierung ersucht, den Ländern Beihilfen zu den dort bewilligten Mitteln zu gewähren, damit für unbemittelte und kinderreiche Familien Lernmittel frei oder doch verbilligt beschafft werden können.

Die Bayerische Königspartei.

Berlin, 19. März. Wie die „Vossische Zeitung" aus München meldet, hat das dortige Amtsgericht die Eintragung der neuen Bezeichnung der Bayerischen Königspartei ins Vereinsregister verweigert.

Die Arbeitszeit in der süddeutschen Textilindustrie.

Augsburg, 19. März. Bei den gestrigen Tarifverhandlungen wurde von der süddeutschen Textilindustrie wiederholt die Durchführung der gesetzlichen 48stündigen Wochenarbeitszeit unter Beibehaltung des freien Samstag-Nachmittags an Stelle der bisherigen 46stündigen Arbeitszeit gefordert. Im Zusammenhang hiermit wurden Lohnerhöhungen von 2,20 M pro Stunde für erwachsene männliche Arbeiter und von 1,50 M für erwachsene weibliche Arbeiter gegenüber den im Februar d. J. vereinbarten Löhnen angeboten. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten, daß sie der 48-Stundenwoche in der süddeut-

Theater und Musik

Mannheimer Musikbrief. Aus dem Alltag der üblichen Vortragsfolgen der 7. und 8. musikalischen Akademien, die uns neben Werken von Brahms, Bruckner, Richard Straus und Mendelssohn unter Franz von Hoeßlins Leitung auch eine bemerkenswerte einheimische Neuerscheinung von Ernst Toch: „Fantastische Nachtmusik" für großes Orchester, brachten, ragte die unter Leitung Wilhelm Furtwänglers stehende 9. Akademie bedeutungsvoll hervor. Sie vermittelte Beethovens 1. und Brahmsens letzte, die sogenannte „Elegische" Symphonie. Die feinfühlige, temperamentvolle Auslegung kam insbesondere der Brahmsschen Symphonie zugute, deren Wiedergabe zum seelischen Erlebnis wurde und den gefeierten Dirigenten unzählige Male aufs Podium rief. Das 9. (Schlußkonzert) bringt unter Mitwirkung des Musikvereins die traditionelle Aufführung von Beethovens neunter Symphonie. M. Mack-Fries.

Wechsel in der Münchner Opernleitung? Unser Münchener Musikreferent schreibt uns: Bruno Walter, der Generalmusikdirektor der Münchner Oper, hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. In einem an die Generalintendanz gerichteten Schreiben betont Bruno Walter, daß er sich in vollster Harmonie mit dem Generalintendanten Geheimrat Dr. Zeiß befinde, und es bedauere, durch sein Rücktrittsgesuch dem Neuaufbau der Staatstheater Schwierigkeiten zu verursachen. Sein körperlicher Zustand lege ihm aber die Pflicht auf, sich längere Zeit Ruhe zu gönnen. Bruno Walter weist außerdem darauf hin, daß es unter den jetzigen Verhältnissen besonders schwer sei, wertvolle künstlerische Kräfte dem Theater zu erhalten und so das künstlerische Niveau zu bewahren. all diese Gründe veranlaßten ihn, um seine Entlassung nachzusuchen. Das Ausscheiden einer so eigenartigen und wohl auch einzigartigen Dirigentenpersönlichkeit aus dem Münchner Musikleben müßte für das künstlerische Leben der bayerischen Hauptstadt ohne Zweifel einen starken Verlust bedeuten. Andererseits darf nicht verhehlt werden, daß durch das häufige Gastdirigieren des Generalmusikdirektors und seine damit verbundene längere Abwesenheit in der letzten Zeit der Stand der Münchner Oper nicht durchweg der Würde ihres Namens entsprach und Aufführungen und Besetzungen zustande kamen, die auch der Bühnenalltag nicht vollauf rechtfertigen kann. Sollte es tatsächlich nicht gelingen, Walter doch noch zu halten, so dürfte wohl in erster Linie mit einer Anwartschaft Dr. Karl Mucks zu rechnen sein. Dr. Z.

Eine vergessene Tondichtung Meyerbeers. Die „Blätter der Berliner Staatsoper" teilen aus dem Archiv der Berliner Staatsoper den Text eines Festspiels von Meyerbeer mit, das er zu einem Karnevalsball am Berliner Hof im Jahre 1843 komponierte. Es betitelt sich „Das Hoffest zu Ferrara"; der Entwurf stammt aller Wahrscheinlichkeit nach von König Friedrich Wilhelm IV. selbst, die Ausführung wohl von Ludwig Rellstab, dem damals tonangebenden Kritiker der „Vossischen Zeitung". Das Festspiel leitete den Ball ein und wurde von den Fürstlichkeiten und den Damen und Herren der Hofgesellschaft selbst dargestellt. Ein genaues Verzeichnis der Mitwirkenden ist noch erhalten: den Herzog spielte: „S. Kgl. Hoheit der Prinz von Preußen", die Herzogin „Ihre Majestät die Königin", den Kardinal Lodovici d'Este der Prinz Georg von Hessen, den Dichter Guarini ein Herr von Arnim usw. Die Meyerbeersche Musik gefiel dem König so, daß er dem Komponisten die preußische goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft verlieh. Von dieser Musik war bisher nur eine Romanze bekannt, die als „Lied der Herminia" veröffentlicht wurde; die Gesamtpartitur befindet sich mit dem ganzen handschriftlichen Nachlaß Meyerbeers in der Musikabteilung der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin. Durch eine unverständliche, kleinliche Bestimmung der Erben bleiben aber sämtliche Manuskripte bis zum Jahre 1934 jedem Einblick versperrt. st.

Kunst und Wissenschaft

Vom Freiburger Kunstleben. Aus Freiburg i. Br. wird uns geschrieben: Unserer ansehnlichen Künstlerkolonie hat sich vor einigen Jahren der Rheinländer Johannes Thiel angegliedert, dessen Radierungen dem Kenner schon lange Leckerbissen sind. Jetzt tritt er überraschend mit einer Gesamtausstellung in den Hallen des Kunstvereins auf und zeigt sich zugleich als scharfäugigsten und technisch reifen Pastellmaler, der Portrait und Landschaft gleichermaßen meistert. Erstaunlich, welche Fülle bodenständiger, badischer Geschichte ihm Anregung gegeben hat für seine leuchtenden und wuchtigen, alle wesentliche Wirklichkeit ins Große, Dauernde erhebenden Schöpfungen, — und eben so bewundernswert eine Technik, die zu ungewöhnlichsten Wirkungen schreitet in der Behandlung des Strichs sowohl, wie durch pastosen Wurf. Auch im Bildnis hält Thiel das Charakteristische Bleibende fest, und wie er eine Gestalt zur allgemeinen Bedeutung zu steigern versteht, zeigt uns ein badischer Beamter in Amtstracht, der eine ganze zeitgeschichtliche Epoche verkörpert. Ebensowenig ist Thiel die Sprache biblischer Leidenschaft und Erhöhung versagt, und von seinem Humor zeigen nicht nur ausgestellte Zeichnungen, sondern auch mannigfache Buch-Illustrationen. Offenbar ist hier eine ungewöhnlich reiche Begabung am Werk, sich einen guten Platz an der Sonne dauernd zu sichern. B.

Das erste Seminar für Industrierecht ist an der Universität Hamburg gegründet worden. Es will den Studierenden Gelegenheit geben, sich über Fragen des Patent-, Muster-, Warenzeichen-, und Ausstattung-, des Wettbewerbsrechts, des literarischen, musikalischen und künstlerischen Urheberrechts zu unterrichten. Direktor ist Rechtsanwalt Privatdozent Dr. Wassermann. Von Zeit zu Zeit werden Preisaufgaben ausgeschrieben. Die erste lautet: Das Plakat im Lichte des Rechts. Einlieferungstermin ist der 31. März 1923. Der erste Preis beträgt 2000, der zweite 1000 Mark.

Die diesjährige Internationale Ausstellung in Venedig. Zum erstenmal seit dem Kriege wird Deutschland auf der Internationalen Kunstausstellung Venedigs in diesem Sommer wieder vertreten sein. Der frühere deutsche Pavillon ist den Deutschen zurückgegeben worden und Direktor Dr. Hans Posse, der Leiter der Dresdner Galerie, wurde zum deutschen Kommissar ernannt. Er bereitet eine würdige Vertretung der lebenden deutschen Kunst vor, in der besonders Max Liebermann, Slevogt, Corinth und Kokoschka vertreten sein sollen. Außerdem wird eine Sammlung von Werken Arnold Böcklins gezeigt werden. Mit einer Sonderausstellung beteiligt sich der Tiroler Maler Egger-Lienz.

n Textilindustrie nicht zustimmen könnten, auf die Verhandlungen mit einer Erklärung Arbeitgeber endigten, in der unter Aufrechtltung der angebotenen Lohnerhöhungen von bis 28 % an der Forderung der 48-Stundenche festgehalten wird. Unabhängig von den eutschen Verhandlungen hat der Verband eutscher Textilarbeiter bei der Reichsarbeitsgemeinschaft für die deutsche Textilindustrie beagt, daß in allerkürzester Zeit im sozialen chuß der Arbeitsgemeinschaft über die Einrung der 46-Stundenwoche in der gesamten schen Textilindustrie verhandelt werde.

Angezeigt!

n der französischen Schikanennote über Zualtung von Rekrutierungslisten heißt es: wurde nun der Kontrollkommission angeat, daß..." Von wem angezeigt? Doch von Schandbuben, die ihr eigenes Volk veren. Leider laufen solche Schandbuben in schland herum; sie finden sich oft in den en fanatischer Sozialisten.

ie Vorauszahlungsverpflichng auf die Einkommensteuer für das Jahr 1922.

as dem Reichsfinanzministerium wird geben:

m Publikum herrscht vielfach noch Unklarheit die Verpflichtung zur Leistung von Vorhlungen auf die Einkommensteuer für das nderjahr 1922. Die Steuerpflichtigen sind dem Einkommensteuergesetz verpflichtet, bis Empfang des Steuerbescheides für das nderjahr 1922, der im Frühjahr 1923 zuge werden wird, auf die Steuerschuld dieses nderjahres am 15. Februar 1922, 15. Mai 15. August 1922 und 15. November 1922 auszahlungen in Höhe von je ein Viertel der gt festgestellten Steuerschuld zu entrichten. e Vorauszahlungen richten sich bis zur Zung des Steuerbescheides für 1921 — die Verung für 1921 erfolgt unmittelbar im Anas an die mit dem 15. März 1922 zu Ende nde Frist für die Abgabe der Steuererklägen — nach dem Steuerbetrage, der sich aus jetzt zugegangenen Steuerbescheid für das nungsjahr 1920 ergibt. Die vielfach gerte Ansicht, daß die am 15. Februar 1922 e Rate die letzte Rate der vorl. Einkommener für 1921 bildet, ist unrichtig. Die Einmensteuer für 1921 bezieht sich infolge der ellung des Veranlagungszeitraumes auf Kalenderjahr nur auf die Zeit vom 1. April zum 31. Dezember 1921. Die Rate vom ebruar 1922 ist daher bereits eine Vorausung auf die Einkommensteuer für 1922, die Frühjahr 1923 veranlagt wird. Die Vorausungen sind in bar zu entrichten. Für die erpflichtigen, die Arbeitnehmer sind und alb dem Steuerabzug unterliegen, kommt Anrechnung von Steuermarken und -beträge im Wege des Ueberweisungsverfahrens halten worden sind, nicht in Frage. Die ege des Steuerabzugs verwendeten Steuerten und einbehaltenen Beträge sind, soweit bis zum 31. März 1921 verwendet oder einlten worden sind, auf die Einkommensteuer das Rechnungsjahr 1920 an Zahlungs Statt ngeben. Die für die Zeit vom 1. April bis Dezember 1921 verwendeten Steuermarken, bis zum 31. März 1922 einzureichen sind, en auf die für das Rechnungsjahr 1921 zu chtende Einkommensteuer angerechnet und von Lohn- oder Gehaltsabzügen des Kalenres 1922 nach dem 31. Dezember 1921 einltenen Steuerbeträge werden nach Ablauf Kalenderjahres 1922 auf die Einkommener für dieses Jahr angerechnet.

m Hinblick auf die neben der Verpflichtung Leistung von Vorauszahlungen für das nderjahr 1922 bestehende Verpflichtung zur richtung der Einkommensteuer für das Rechsjahr 1920 und die Verpflichtung zur Entung der vorläufigen Einkommensteuer für Rechnungsjahr 1921 besteht folgender Rechtsand:

Für das Rechnungsjahr 1920 (Zeit vom pril 1920 bis 31. März 1921). Für diese Zeit zahlen der in dem jetzt für das Rechnungs- 1920 zugegangenen Steuerbescheide festge- Steuerbetrag. Auf diesen Betrag werden angerechnet: 1. Die für das Rechnungs- 1920 vorläufig entrichtete Einkommensteuer. bei Lohn- und Gehaltsempfängern die im e des Steuerabzugs bis zum 31. März 1921 haltenen Beträge. Der Unterschiedsbetrag en den im Steuerbescheide festgesetzten erbetrage und der für das Rechnungsjahr vorläufig entrichteten Einkommensteuer den im Wege des Steuerabzugs bis zum März 1921 einbehaltenen Beträgen ist innerier Wochen nach Zustellung des Steuerides zu entrichten.

Für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum Dezember 1921 (Rumpfrechnungsjahr 1921). r diese Zeit sind vorläufig zu zahlen drei rtel des in dem jetzt zugegangenen Steuerbe- e für das Rechnungsjahr 1920 angeforder- Steuerbetrages. Auf die hiernach für die egebene Zeit vorläufig zu entrichtende Einmensteuer wird der etwa bisher bereits für Zeit vorläufig entrichtete Betrag angerech- Lohn- und Gehaltsempfänger, die im Kaderjahr 1921 lediglich Arbeitslohn in Höhe nicht mehr als 24 000 Mark bezogen haben, bei denen im Steuerbescheid für das Rechsjahr 1920 der auf die Zahlung der vorgen Einkommensteuer für das Rechnungs- 1921 bezügliche Satz gestrichen ist, ist die läufige Einkommensteuer für das Rechnungs- 1921 gestundet. Soweit sie Arbeitslohn von r als 24 000 Mark im Kalenderjahr 1921 been haben, oder neben dem Arbeitslohn noch iges Einkommen bezogen haben, ist die vorge Einkommensteuer in Höhe von 10 Pro- des Arbeitslohnes gestundet. Im Wege des erabzugs bis zum 31. Dezember 1921 einbetene Beträge werden auf diesen Unterschiedsng nicht in Zahlung genommen; jedoch sind bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten ermarkenblätter bis zum 31. März 1922 einichen.

3. Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1921. Für diese Zeit sind am 15. Februar 1922, 15. Mai 1922, 15. August 1922, 15. November 1922 usw. bis zum Empfang des im Sommer zu erwartenden Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1921 je ein Viertel des in dem Steuerbescheid für das Rechnungsjahr 1920 festgesetzten Steuerbetrages als Vorauszahlung auf die Steuerschuld des Kalenderjahres 1922 zu leisten. Lohn- und Gehaltsempfängern, die im Kalenderjahr 1921 nur Arbeitslohn in Höhe von nicht mehr als 24 000 Mark bezogen haben, und die im Kalenderjahr 1922 voraussichtlich nur Arbeitslohn in Höhe von nicht mehr als 50 000 Mark beziehen werden, werden die Vorausjahlungen auf Antrag vom Finanzamt oder der Steuerhebestelle gestundet. Für die Begründung des Antrages genügt, soweit nicht schon die bloße Angabe des Lohn- und Gehaltsempfängers, daß er Beamter, Angestellter usw. sei, der stundenden Behörde glaubhaft erscheint, die Vorlage oder Vorzeigung des Steuerbuches oder eine Bescheinnigung des Arbeitgebers darüber, daß der Lohn- oder Gehaltsempfänger im Kalenderjahr 1922 voraussichtlich keinen höheren Arbeitslohn als 50 000 Mark beziehen wird. Lohn- und Gehaltsempfängern, die höheren Arbeitslohn oder Nebenarbeitslohn noch sonstiges Einkommen beziehen, werden die Vorauszahlungen in Höhe von 10 Prozent des Arbeitslohnes auf Antrag von dem Finanzamt oder der Steuerhebestelle gestundet.

Badische Politik

Die Staatsaufwendungen für Pflege des Sports.

Der Haushaltausschuß des Landtags hat dem Gesetzentwurf über die Beteiligung des badischen Staates an der in eine Aktiengesellschaft umzuwandelnden Majolikamanufaktur einstimmig seine Zustimmung gegeben. (Ueber den Gesetzentwurf selbst, der in den nächsten Tagen den Landtag beschäftigen wird, haben wir schon eingehend berichtet). Bei der Beratung des Gesetzentwurfs wurde der gute Geschäftsgang des Unternehmens hervorgehoben und auf den großen Absatz im Inlande (95 Prozent der Produktion) hingewiesen.

Sodann setzte der Haushaltausschuß die Beratung über den Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts fort. Die sämtlichen badischen Vereine für Leibesübungen und Jugendpflege haben dem Landtag ein Gesuch vorgelegt, die Summe der Gelder für Jugendpflege für das laufende Haushaltjahr 1922/23 auf 600 000 M und die Summe für die Bauten von Turn-, Spiel- und Sportstätten, Wander- und Jugendheime auf 250 000 M zu erhöhen. Im Staatsvoranschlag sind zur Förderung der Jugendpflege 150 000 M, für die Zuschüsse zur Herrichtung von Spielplätzen, Wanderheimen, Jugendheimen, Bootshäusern usw. 200 000 M eingestellt. Unterrichtsminister Dr. Hummel betonte hierzu, wenn man die sämtlichen auch von anderer Seite noch gestellten Forderungen bewilligen würde, so wären etwa 60 Gesuche zu befriedigen, die einen Kostenaufwand von rund 3 Millionen Mark beanspruchen würden. Der Haushaltausschuß beschloß die oben erwähnte Eingabe der Vereine für Leibesübungen und Jugendpflege der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen mit der Bitte, diese möge in einem Nachtragsvoranschlag das weitere veranlassen.

In der Aussprache wurde die Sportbetätigung der Jugend eingehend erörtert; wenig günstig sprachen sich verschiedene Abgeordnete über das Ueberhandnehmen des Fußballsportes, soweit er Ausschreitungen im Gefolge hat, aus. Es wurde geklagt, daß durch die Fußballspielplätze auf dem Lande viel Wiesengelände zertreten würde. Ein soziald. Abgeordneter beklagte, daß Arbeiter durch allzugroßes Interesse für den Fußballsport von der Verfolgung ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage abgelenkt würden. Ein Abgeordneter des Zentrums forderte die Vorlegung eines Nachweises darüber, welche Vereine Staatsgelder erhalten und von deutsch.-lib. Seite wurden auf die Reisen von Fußballvereinen ins Ausland hingewiesen Auch die körperliche Ausbildung der jungen Mädchen, die Förderung des Turnwesens wurden besprochen. Von verschiedenen Rednern wurde betont, daß man den Sport, auch den Fußballsport unterstützen müsse, aber die sportliche Betätigung darf nicht ausarten.

Aus Baden

t. **Mannheim**, 19. März. Obwohl der Rheinwasserstand sehr günstig ist, ist der Schiffahrtsverkehr sehr schlecht, da gar keine Güter am Markte sind. In der vergangenen Woche ist kein einziger Schleppzug nach dem Oberrhein gegangen. Das Talgeschäft nach der Ruhr ist gleichfalls ruhig. Ebenso flau wie das deutsche Schiffahrtsgeschäft ist es auch in Holland. Die Schiffe liegen dort schon seit mehreren Wochen still und konnten bis heute noch keine Ladung erhalten.

t. **Heidelberg**, 19. März. Durch die hiesige Staatsanwaltschaft wurde ein hier wohnender, in Mannheim beschäftigter Bankbeamter verhaftet, der in einer großen Anzahl von Einzelfällen gewerbsmäßig gegen sehr hohe Honorare Abtreibungen ausführte. Im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit soll auch ein Todesfall vorgekommen sein. Die Festnahme des Bankbeamten hat weitere Verhaftungen zur Folge. — Die Bauarbeiten am Neckarkanal sind seit einigen Tagen im Gange und werden demnächst auf die Strecke von Heidelberg bis zur Dossenheimer Gemarkungsgrenze ausgedehnt. Zwei große Trockenbagger haben mit dem Ausschachten des Kanalbettes begonnen, das bei Wieblingen bis zum Schwabenheimer Hof etwa in 40 bis 70 Meter Entfernung neben dem Neckar läuft und dann mit einer Doppelschleuse wieder zum Fluß hinabsteigt.

a. **Weinheim**, 19. März. Ein grauenhafter Unglücksfall hat sich gestern nachmittag, kurz vor 5 Uhr, hier in der Elisabethstraße zugetragen. Die allein in ihrer Wohnung weilende 44jährige Kriegerswitwe Marie Heckmann, Mutter von drei 8- bis 14jährigen Kindern, erlitt beim Wäschebügeln einen Krampfanfall. Im Stürzen riß sie den offenen, brennenden Gasherd um, der auf sie fiel und ihre Kleider in Brand setzte. Zuhilfe eilende Nachbarsleute fanden die Stube voller Qualm und die bedauernswerte Frau mit verkohltem Oberkörper am Boden liegen. Im städtischen Krankenhause hier ist die Aermste abends um ½10 Uhr von ihrem furchtbaren Leiden durch den Tod erlöst worden.

t. **Rastatt**, 19. März. Der für die Pfingsttage angesetzte 111er Tag wird auf den Spätsommer oder Herbst verlegt werden. Am Ostermontag findet in Karlsruhe eine Vertreterversammlung von Interessenten statt, die den näheren Termin der Tagung endgültig festlegen wird.

t. **Freiburg**, 19. März. Eine 85jährige Witwe erlitt bei einem Sturz einen Oberschenkelbruch und starb wenige Tage darauf.

t. **Ueberlingen**, 19. März. In den Gasthöfen und Hotels einiger Bodenseeorte bestellen seit einiger Zeit Agenten für Amerikaner eine ganz erhebliche Anzahl von Zimmern für die Reisezeit. Man spricht von großen Scharen von Besuchern aus Amerika, die sich anläßlich ihres Besuches in Oberammergau auch einige Zeit am Bodensee aufhalten wollen.

Aus dem Stadtkreise

In die Alpenwelt

wurde am Sonntag jene naturliebende Gemeinde geführt, die sich auf Einladung des Alpenvereins und des Skiklub in den Residenzlichtspielen (Waldstraße) zu einer Sondervorstellung eingefunden hatte.

Eingangs betonte Oberechnungsrat Bechtel namens der genannten Vereine, daß sie den Mitgliedern einen besonderen Genuß verschaffen wollen, dem einen zur Erinnerung, dem andern als Ansporn. Direktor Kasper gebühre Dank für das liebenswürdige Entgegenkommen. Die Besucher wurden dann mit dem Filmwerk der Berg- und Sportfilm-G. m. b. H. Freiburg „In Sturm und Eis" bekannt gemacht, der das Gelungenste und Prächtigste darstellt, was man in diesem Genre bisher gesehen hat und als erster Teil der Alpensinfonie „Im Kampf mit dem Berge" zu gelten hat. Gegenständlich handelt es sich um die Bezwingung des 4530 Meter hohen Lyskamms, der den erschreckenden Beinamen der „Menschenfresser" hat. Der Besucher erlebt nicht nur eine alpin-turistische Großtat, sondern auch alle jene wunderbaren Naturschönheiten, die nur der Alpenwelt eigen sind.

Was die Leinwand in dieser Hinsicht zeigt, ist gigantisch und erhaben. Durch ewigen Schnee geht das unerschrockene Menschenpaar über gähnende und toddrohende Gletscherspalten, klüftige Kämme und schroffe Grate, in unermüdlicher Verfolgung des lockenden Ziels, aber auch belohnt durch Naturbilder voll Majestät. Und alle die gefahrvollen Auf- und Abstiege, teilweise im Glanz des Sonnenlichts, teilweise im matten Schein des Mondes, erlebt der Beschauer in einer photographischen Treue, die überwältigend ist. Hie und da, sogar in der Nähe des weißen Todes, blitzt der Humor auf und entlädt für Augenblicke die hochgespannten Nerven.

Es herrscht nur eine Stimme des Lobes über die Gewaltigkeit des Films, der gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Freiburger Firma aufs deutlichste bekundet. Das Interesse ist so allgemein, daß man mit Spannung die öffentliche Vorführung erwartet.

Um Oberschlesien.

Im Saal des Restaurants „Residenzautomat" fanden sich Sonntag abend die heimattreuen Oberschlesier zusammen, um den Gedenktag der Volksabstimmung (20. März) zu begehen und neuen Protest gegen den Genfer Rechtsbruch zu erheben. Der erste Vorsitzende der Karlsruher Ortsgruppe, Herr Krawutschke, erinnerte an den glänzenden Sieg des Deutschtums und wies darauf hin, daß polnisch-französische Machenschaften Deutschland um die Früchte des Sieges brachten. Der Tag werde kommen, wo auch die Gegner erkennen müssen, wie verhängnisvoll ihr Beginnen war. Die Hoffnung dürfe nicht aufgegeben werden, daß das abgetrennte Oberschlesien wieder zu Deutschland zurückkehrt. Es fand zum Schluß folgende Resolution einmütige Annahme:

Morgen jährt sich zum erstenmal der Tag der Volksabstimmung, der vor aller Welt offenbarte, daß Oberschlesien von einer deutschen Mehrheit bewohnt ist. Der Spruch von Genf als der unheilvolle Abschluß des Kampfes um Oberschlesien hat wider alles Recht deutsches Land auseinandergerissen und überaus wertvolle Gebiete desselben von Deutschland losgetrennt und so durch die Jahrhunderte gefestigte und geheiligte Bande zum größten Unglück der oberschlesischen Bevölkerung zerrissen. Wir heimattreuen Oberschlesier im Reich stehen in der Liebe zu unserer Heimat fest zusammen und rufen unseren Brüdern und Schwestern in Polnisch-Oberschlesien zu: Haltet aus, bis die Stunde der Gerechtigkeit und des Rechtes eingetreten ist!

Den Rest des Abends beschlossen einige gemütliche Stunden bei Musik, Gesang und Vorträgen. Fräulein Kimmel, eine stimmlich sehr begabte Sängerin, erfreute durch mehrere Lieder.

*

Legitimation für ausländische Arbeiter. Nach einer amtlichen Mitteilung hat das Ministerium des Innern die Frist zur Stellung der Anträge auf Ausstellung einer Legitimationskarte für ausländische Arbeiter bis zum 15. April 1922 verlängert.

Aerzte und Krankenkassen. Es wurde ein Schiedsspruch über die Honorierung der Aerzte durch die Krankenkassen gefällt: Dieser sieht folgende Sätze vor: 1. Für eine Beratung 10 Mk., (bisher 6 Mk.); 2. für einen Besuch 18 Mk., (bisher 12 Mk.); 3. für eine Nachtberatung 30 Mk., (bisher 12 Mk.); 4. für einen Nachtbesuch 54 Mk. (bisher 27 Mk.); 5. für einen Eilbesuch am Tag 36 Mk. (bisher 18 Mk.); 6. für eine dringende Beratung 20 Mk. (bisher 12 Mk.). Auf die Gebührensätze der Gebührenordnung vom 1. Juli 1921 wird ein Zuschlag von 150% bezahlt. Als Weggebühren werden für den Doppelkilometer 12 Mk. bei Tage und 20 Mk. bei Nacht gewährt. Auf diese Gebührensätze erfolgt ab 1. Jan. unter Zugrundelegung der Reichsindexteuerungsziffern ein Teuerungszuschlag nach dem Durchschnitt der abgelaufenen drei Monate.

Die Reichseisenbahnzweigstelle Karlsruhe. Während Frankreich kurz nach dem Waffenstillstand Elsaß-Lothringen besetzte und damit die Verwaltung der dortigen Reichseisenbahnen übernahm, wurde auf deutschem Gebiet zur Unterbringung der aus Elsaß-Lothringen abwandernden Eisenbahnbediensteten die Reichseisenbahnzweigstelle Karlsruhe ins Leben gerufen. Sie übernahm später noch die sonstigen Abwickelungsgeschäfte der Reichseisenbahn in Elsaß-Lothringen. Nachdem der größte Teil dieser Geschäfte nunmehr erledigt ist, wird die Stelle zum 1. April 1922 aufgelöst. Ihre Geschäfte gehen an diesem Tage an die Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe über. Damit wird die letzte Verwaltungsstelle der ehemaligen Reichseisenbahn in Elsaß-Lothringen aufgehoben und findet die Geschichte einer Verwaltung ihren Abschluß, die in beinahe 50jähriger mustergültiger Arbeit in Frieden und Krieg ihre Aufgabe zum Segen des Vaterlandes und ihres engeren Wirkungskreises erfüllt hat.

Eine geisteskranke Kontoristin wurde am 18. ds. Mts., nachts halb 11 Uhr, Ecke Hirsch- und Gartenstraße, wo sie halb angekleidet und laut schreiend umhersprang, durch die Polizei ergriffen und nach der Polizeiwache verbracht, von wo aus sie auf ärztliche Anordnung als an Verfolgungswahn leidend ins städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Selbstmord. Gestern abend hat sich ein 19jähriger Bankbeamter von hier, der in Heidelberg in Stellung war, kurz nach seiner Ankunft aus Heidelberg aus unbekannten Beweggründen mit einem Revolver erschossen.

Festgenommen wurden: eine Kontoristin wegen Betrugs und Unterschlagung und ein Kaufmann wegen Uebertretung der Ausländermeldevorschriften.

Veranstaltungen.

Brahms-Feier. Heute Montag, 20. d. Mts. findet, abends 7½ Uhr, im Eintrachtsaale das erste Konzert der von der Konzertdirektion Kurt Neufeldt veranstalteten Gedächtnisfeier für Johannes Brahms statt. Zur Aufführung gelangen das H-Dur-Trio und das Horntrio, dazwischen die seit etwa 15 Jahren in Karlsruhe nicht mehr öffentlich aufgeführten Liebeslieder-Walzer. Die Altpartie wurde in bereitwilligster Weise von Frau Dr. Goldschmidt übernommen, da Frl. Agnes Hermann erkrankt ist. Es gibt noch Karten in allen Preislagen im Vorverkauf Waldstraße 39 und an der Abendkasse.

Deutscher Monistenbund — Ortsgruppe Karlsruhe. Am kommenden Mittwoch spricht im Friedrichshofsaal Universitäts-Professor Dr. J. M. Verweyen aus Bonn über das Thema: „Unsere Religion und die Moral". Der Redner spricht jugendlich temperamentvoll, in hinreißend freier und schöner Form, so daß jedermann der Verweyen einmal gehört hat, keinen seiner Vorträge versäumen wird.

Die Kohlenversorgung.

Berlin, 19. März. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde bei der Etatsberatung des Reichswirtschaftsministeriums die Tätigkeit des Reichskommissariats für die Kohlenverteilung eingehend besprochen. Reichswirtschaftsminister Schmidt erklärte, daß bei der Kohlenversorgung der deutschen Industrie die Wirkung des Spaavertrags leider offensichtlich sei. Jeder abgelieferte Waggon Reparationskohle füge naturgemäß dem Versuche des deutschen wirtschaftlichen Wiederaufbaues schwere Schädigungen zu. Die Braunkohlenförderung könne erheblich gesteigert werden, und diese Steigerung habe die Industrie vor der äußersten Not schützen können. Es mangle aber an brikettierter Braunkohle, die bedeutend mehr Heizwert habe. Die deutsche Exportindustrie komme mit der englischen Kohle, die qualitativ besser ist als die deutsche Kohle, gut aus und der höhere Preis rentiere sich. Der Reichskohlenkommissar Geheimrat Stutz stellte fest: Während in der Vorkriegszeit die Eisenbahnbestände an Kohlen durchschnittlich für acht bis neun Wochen reichten, hätten jetzt einzelne Direktionen kaum für zwei bis drei Tage Vorrat, dagegen lange jetzt der Eisenbahnvorrat an Kohle in Frankreich durchschnittlich zwei Monate. Was die Bevorratung Süddeutschlands anbetreffe, so würden zurzeit auf dem Rheine täglich vierzig bis fünfzig Tausend Tonnen verladen, dies sei für die Nachkriegszeit beispiellos. Dr. Reichert (D.N.) stellte fest, daß Frankreich die Koksanforderung seitd em September 1921 auf das dreifache gesteigert habe. Die Folge sei ein großer Koksmangel für die Eisenindustrie und die Knappheit an Roheisen für Tausende verarbeitender Betriebe. Frankreichs Regierung gebe den deutschen Koks zum halben Preise des englischen Koks ab. Der Saarindustrie müsse aus politischen und wirtschaftlichen Gründen mit Koks geholfen werden. Schließlich wurde eine Entschließung Dr. Pachnicke (Dem.), Dauch (D. Vp.) und Genossen angenommen, wonach die Reichsregierung auf eine erhebliche Steigerung der Kohlenproduktion hinwirken und ferner für den beschleunigten Abtransport der Lagerbestände von Kohle und Koks gesorgt werden soll.

Vom Wetter

Mitgeteilt von der Badischen Landeswetterwarte.

Unter dem Einfluß des von Nordwesten nach Südosten reichenden Hochdruckrückens blieb das Wetter gestern noch heiter und bei südlichen Winden wurde es wesentlich wärmer als am Vortag. In der Rheinebene wurden nachmittags 19 Gr. erreicht. Inzwischen hat sich ein flaches Tiefdruckgebiet über dem Festland ausgebreitet und einen Wetterumschlag herbeigeführt. Vielfach ist etwas Regen gefallen. Da der Druck noch weiter andauert, wird trübes Wetter mit Regenfällen zu erwarten sein.

Wetteraussichten für Montag, den 20. März: Leicht bewölkt, weitere Regenfälle, etwas kühler.

Tagesanzeiger.

Montag, den 20. März 1922.

Bad. Landestheater. „Katte". 7 Uhr.
Eintracht. 1. Konzert — Brahms-Feier. 7½ Uhr.
Badischer Kunstverein. Hauptverlosung 4 Uhr im Ausstellungsvorraum.
Colosseum. Varieté 8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele. Neues Programm.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag der Erben werden die nachstehenden auf den Namen der verstorbenen Landwirt Josef Börrer Witwe, Anna geb. Braun in Karlsruhe-Beiertheim und Genossen eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Ettlingen und Karlsruhe-Beiertheim am
Samstag, den 25. März 1922, vormittags 8½ Uhr,
durch das unterzeichnete Notariat in dessen Geschäftszimmer — Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer 11 — öffentlich versteigert.

Der Zuschlag erfolgt auf das Höchstgebot; falls der Anschlag nicht erreicht wird, bleibt die Genehmigung der Beteiligten und des Vormundschaftsgerichts vorbehalten.

Die übrigen Bedingungen können kostenfrei bei uns eingesehen werden; gegen Erstattung der Kosten können sie abschriftlich mitgeteilt werden.

Grundstücke und Schätzung.

a. Gemarkung Ettlingen laut Grundbuch daselbst Band 37, Heft 27.
1. Lgb.-Nr. 5137: 11 a 94 qm Wiese in den Rüppurrer Wiesen 480 ℳ.
2. Lgb.-Nr. 5161: 2 a 82 qm Wiese ebenda 112 ℳ.
3. Lgb.-Nr. 5899a: 14 a 35 qm Wiese in den Hohenwiesen 720 ℳ.

b. Gemarkung Karlsruhe, Grundbuch Band 287, Heft 6, Band 301, Heft 5 und 6.
Lgb.-Nr. 7149: 12 a 12 qm Acker im Gewann Schweighof 10 000 ℳ.
Lgb.-Nr. 7426: 18 a 56 qm Acker in Kolbenäcker 7500 ℳ.
Lgb.-Nr. 7427: 13 a 21 qm Acker ebenda 7300 ℳ.
Die Grundstücke sind unbelastet.

Karlsruhe, den 8. März 1922.
Bad. Notariat IV.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag der Miteigentümer werden folgende Grundstücke der Gemarkung Karlsruhe am **Dienstag, 28. März 1922, nachmittags 3 Uhr** im Notariatsgebäude Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer 12, öffentlich versteigert:

	Anschlag
1. Lgb.-Nr. 6792: 4 a 91 qm Acker „Großgewann	5000 ℳ
2. Lgb.-Nr. 9184: 4 a 91 qm Acker „Großgewann	5000 ℳ
3. Lgb.-Nr. 6878: 6 a 74 qm Acker „Datsch“	8000 ℳ
4. Lgb.-Nr. 9168: 6 a 74 qm Acker „Datsch“	8000 ℳ
5. Lgb.-Nr. 9081: 13 a 82 qm Acker „Kolbenäcker“	11 000 ℳ
6. Lgb.-Nr. 7400: 17 a 59 qm Acker am Mühlburger Weg“	20 000 ℳ
7. Lgb.-Nr. 7387: 17 a 30 qm Acker a, 12 a 60 qm Acker b, zus. 29 a 90 qm „am Mühlburger Weg“	35 000 ℳ
8. Lgb.-Nr. 7163: 18 a 99 qm Acker „Schweighof“	22000 ℳ
9. Lgb.-Nr. 6936: 14 a 64 qm Acker a. d. gepl. Verlängerung der Südendstraße und einem Feldweg	21 000 ℳ
10. Lgb.-Nr. 6935: 7 a 25 qm Acker daselbst	10 000 ℳ
11. Lgb.-Nr. 7497: 7 a 89 qm Acker „Steinfurth“	7 500 ℳ

Die Versteigerungsgedinge können auf der Notariatskanzlei eingesehen werden.

Karlsruhe, den 17. März 1922.
Bad. Notariat 6.

Die glückliche Geburt eines
kräftigen Jungen
zeigen hocherfreut an
C. F. Otto Müller jr.
u. Frau, geb. Stürcken.
Karlsruhe i. B. *Wendtstr. 5.*

Danksagung.

Für die uns bei dem so schweren Verluste unserer unvergeßlichen, innigstgeliebten Gattin, Mutter, Schwester, Schwiegermutter u. Schwägerin in so überaus herzlicher Weise bezeugte ehrende und wohltuende Teilnahme sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten, Freunden und Bekannten innigsten Dank. Insbesondere ein herzliches Vergelts Gott dem hochw. Herrn Kaplan Maier für seine trostreichen Worte und den ehrwürdigen Schwestern des Elisabethenhauses für ihre aufopfernde und liebevolle Pflege, ebenso für die große Beteiligung der Müttervereine St. Bonifaz und St. Stephan.

Karlsruhe, den 19. März 1922.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Ad. Schmidt, Straßenmeister a. D.
Jollystraße 12 I.

Geld gibt an solv. Leute jed. Stand. Bequeme Ratenrückzahl. Sept & Co., Nürnberg 2. Anfragen Rückporto.

Auf I. Hypothek 10 000 Mk. gesucht. Angebote unt. Nr. 9684 ins Tagblattbüro erbeten.

Bad. Landeselektrizitätsversorguung A.-G.
(Badenwerk)

Ausgabe von
nom. M. 300 000 000

5 % vom Jahre 1927 ab zu 102 % rückzahlbare Teilschuldverschreibungen in Abschnitten von ℳ 20 000, 10 000, 5 000, 2 000, 1 000 oder in direkt zwischen der Gesellschaft und dem Darlehnsgeber ausgestellten Handdarlehen, erststellig hypothekarisch gesichert, vom Lande Baden für Kapital und Zinsen selbstschuldnerisch verbürgt, reichsmündelsicher,

Zinstermine 1. April und 1. Oktober.

Zeichnungen zum Preise von **100¼ %** für Teilschuldverschreibungen und von **99¼ %** für Handdarlehen werden bis einschließlich Freitag, den 24. März d. J., am hiesigen Platze engegengenommen
bei der **Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe,**
„ „ „ „ **Niederlassung Karlsruhe-Mühlburg,**
„ „ **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G., Zweigniederlassung Karlsruhe,**
„ „ **Badischen Bank, Niederlassung Karlsruhe,**
„ dem Bankhause **Veit L. Homburger,** Karlsruhe,
„ „ „ **Straus & Co.,** Karlsruhe.

Zeichnungsaufforderungen mit näheren Angaben über die Anleihe und die Zeichnungsbedingungen sowie Anmeldeformulare sind bei obigen Stellen erhältlich.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.
ALTE STUTTGARTER
Größte europ. Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit.

Neue Anträge 1921	793 Millionen Mark
Bankvermögen	über ¾ Milliarden Mark
Versich.-Bestand Ende 1921	2,7 Milliarden Mark

Auskünfte erteilen in Karlsruhe: **A. Baer,** Kaufmann, Waldhornstr. 12, **F. Hauswald,** Yorkstr. 51, **A. Staedtler,** Amalienstraße 51, Frau Dr. **Kramer,** Wwe., Steinstraße 11.

Die Gemeinde **Linkenheim** versteigert am **Mittwoch, den 22. ds. Mts., nachm. ½3 Uhr,** auf dem Rathaus einen schweren, fetten
Kindfarren,
wozu Kaufliebhaber einladet.
Linkenheim, 20. März 1922
Der Gemeinderat.

Zu vermieten

Ca. 300 Wohnungen
Tausch, hier u. auswärts, bei schnellster Erledigung durch **K. W. Lump,** Kaiserstraße 42.

Miet-Gesuche

Mittl. Beamter — Dauermieter — sucht größeres möbliertes oder unmöbliert. Zimmer zum 1. April oder früher. Auf Wunsch kann ganze Einrichtung od. nur Bett u. Wäsche mitgebracht werden. Angeb. erbitte unt. Nr. 9638 ins Tagblattb.

Offene Stellen

Junge Dame mit Sekunda oder Prima als
Praktikantin
für chemisch-bakteriolog. Laboratorium gesucht. Näheres Dr. **Lindner,** Kaiserstraße 80.

Mädchen
für Küche und Haushalt sofort oder 1. April, am liebsten vom Lande, gesucht: Parkstraße 3, ptr.

Sofort od. auf 1. April gesucht:
Perfekt. Buffetfräul.,
sowie
Mädchen für Küche und Beihilfe am Herd.
Hotel Karpfen
Ludwigsplatz.

Mädchen-Gesuch
Suche ein fleiß., braves
Mädchen
bei hohem Lohn u. guter Verpflegung. Zu erfrag. im Tagblattbüro.

Gut empfohlenes
Fräulein
zu einem Säugling ges. sofort oder auf 1. April.
Frau Koch, Waldstr. 67.

Braves fleißiges
Mädchen
auf 1. April bei guter Behandlung zu 3 Pers. gesucht: Karl-Friedrichstraße 24, 3 Treppen.

Jüngeres Mädchen
sofort bei hohem Lohn gesucht. Kochen nicht erforderlich: Klauprechtstraße 39 II rechts.

Verkäufe

Schwarzes Jackenkleid preiswert zu verkaufen: Klauprechtstraße 39, II r.

Suche zu einem Knaben
für 1. August 1922 eine in der Kinderpflege durchaus erfahrene
Kinderschwester
(keine Norddeutsche). Schriftliche Angebote mit Zeugnissen u. Bild erbittet Frau **Anton Vogler, Neustadt a. d. Haardt,** Waldstraße 20.

Wirtschaft oder Gasthof
v. ernsthaft. Käufer bei hoher Anzahlg. event. Barzahlung auch in gr. Ort od. Landstädtchen geleg., zu kaufen gesucht. Angebote unt. Nr. 9679 ins Tagblatth.

Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer,
einzelne Möbel, Betten, Polster- u. Küchenmöbel, Wäsche, Vorhänge **kauft** fortwährend **S. Hischmann,** Zähringerstr. 29.

Kleiderschrank,
Federbetten, Kinderbett, Aus-ziehtisch, 4—6 Stühle, Diwan od. Sofa, Küchenschrank wird zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 9652 ins Tagblatts.

Felle:
Baummard. b. 3300 ℳ
Steinmarder b. 2800 ℳ
Feldhasen b. 36 ℳ
Stallhasen b. 12 ℳ
Maulwürfe b. 14 ℳ
Iltisse, Füchse, Wiesel, Katzen- u. Ziegenfelle. Händler erhalten Vorzugspreise.
Lupolianski & Co.
Zähringerstraße 28 II,
☞ nicht im Laden.
Telephon 1446.

Alt Gold Silber — Platin-Gegenstände Gebisse, Brennstifte
kauft zu höchstem Preis **L. Theilacker,** Uhrmach. Hebelstraße 23 gegenüb. „Kaffee Bauer“

Gebrauchte Uhren
aller Art, wenn auch reparaturbedürftig, sowie
Gebisse
kauft zu höchsten Tagespreisen
J. Gelmann,
Zähringerstraße 36.

Kaufgesuche

Damen-Fahrrad
gut erhalten zu kaufen gesucht. **Kaiserstr. 83 I**

Menschenhaare Tierhaare, Krollhaare, Bettfedern
kauft jedes Quantum
Lupolianski & Co.,
Zähringerstraße 28 II.
Telephon 1446.

Münzen- und Notgeldbörse
Inh **Theodor Tillner-Hannover,** Knochenhauerstr. 1. Postscheckkont. Hannover 35297.
Generalvertrieb für folg. Städte u. Kreise: Altenau i. H. (Beschlagnahme 15 ℳ, Blomberg i. L. 15 „, Eldagsen a. Deister 10 „, Hameln-Weser (alt) 4 „, Hameln-Weser Rattenfängersage (Prof. Muggli) (beschlagn.) 12 ℳ, Hameln-Weser Rattenfängersage (Prof. Böckstiegel (beschl.) 12 „, Hameln-Wei. Stadtserie (Stadtbmstr. Boch) beschlagn.) 15 ℳ, Neustadt a. Rgb. 12 Scheine d. Lüneburger Heide (beschlagn.) 15 „, Neustadt a. Rgb. Stadtserie 9 „, Putbus a. Rügen 10 „, Rehburg (Stadt) Empfang König Georg IV (beschlagn.) 15 ℳ, Sellin a. Rügen 10 „, Siedenburg. Glückschweinserie 9 ℳ, Stolzenau a. W., Wilh Busch Serie (beschlagn.) 12 „, Uelzen. Uhlenkörperserie 20 „, Wiedensahl Max- u. Moritz-Serie 20 ℳ
Illustr. Preisl. kostenlos. Versand geg. Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags.

Jetzt ist's Zeit!
Stuhl u. Verdauung z. regeln, neu Blut zu pflanzen durch **Sanitas-Blutrein.-Tee** und **Sanitas Wurmtee** mit Tabl. Eine Frühjahrskur wirkt Wunder. 3 P. 20 Mk. In d. Kronen- u. Stadt-Apoth. und **Dr. Arker**-Mühlburg.

Gebrauchte Emballage
Reparaturfähige Jute- und Papiergew. bekauft jedes Quantum:
Säcke
Karlsruher Sackfabrik G. m. b. H.
Karlsruhe, Schwanenstr 11, Tel. 835 u. 5426
Telegramm-Adresse: „Kassack“.

Sinner

Backpulver Liköre
SINNER A.-G. * KARLSRUHE-GRÜNWINKEL

Tisch- Bett- Wäsche
bearbeitet
Schorpp
Kragen-Wäscherei.

Jagd.
Nur Mk. 28.50 kostet für das 2. Vierteljahr „Der Deutsche Jäger“ **München.** Sie abonnieren am besten bei Ihrem Postamt.

Abonnenten
berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten des
Karlsruher Tagblatts.

Ihr Paßbild
in wenigen Minuten nur im Photograph. Atelier, Herrenstr. 38.

Tapeten
Reichhaltigste Ausw. niederste Preise. Uebernahme von Tapezierarbeiten.
H. Durand,
Douglasstraße 26.
Tel. 2485 b. d. Hauptp. Lager in **Matten** und **Leisten.**

Unreiner **Teint**
Pickel, Mitesser, Blüten verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum v. Zucker's Patent-Medizinal-Seife eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen u. mit Zuckooh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, v. Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Güterbestätterei
Eugen v. Steffelin
Prompte Abholung und Zustellung von Expreß-, Eil- u. Frachtgütern sowie Wagenladungen
FrachtgutTeleph. 2 u. 432
Eil- u. Expreßgut Tel. 602

Mieter-Vereinigung Karlsruhe E. V.
Mitgl. d. Landesverband u. Bund Deutsch. Mietervereine. Geschäftsst. **Morgenstr. 51, p.,** Sprechst. tägl. 5—7 Uhr, Mittw. 8—9 Uhr abends „Unter den Linden“, Kaiser-Allee 71

Dienstag, den 21. März, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlungen
Für die **Oststadt**
in der „**Krone**“, Ecke Georg-Friedrich- und Rintheimerstraße;
für die **Südstadt**
in der „**Walhalla**“, Augartenstraße 27.
Wir laden zu diesen Versammlungen höflichst ein und ersuchen um zahlreichen Besuch.
Der Vorstand.
N. B. Anmeldungen in die Organisation werden in den Versammlungen entgegengenommen.

RESIDENZ-Lichtspiele
Waldstraße 30 **Telephon 5111**
Spielplan bis einschl. Dienstag 21. März
Die Liebesabenteuer der schönen Evelyne
Filmroman in 5 Aktten von H. Ortmann.
In der Hauptrolle:
Lee Parry Aruth Wartan Felix Hecht.
Die blaue Katze
Detektiv-Abenteuer in 5 Akten.
In der Hauptrolle: **Phantomas, Rolf Leor.**
Nachmittags von 3½—4½ Uhr, sowie in den schwächer besuchten Vorstellungen:
Im Kampfe mit dem Berge
Dreiteil. Monumentalwerk üb. d. Alpinismus
Ein Denkmal den Alpen und ihren Bezwingern.
Aenderungen vorbehalten.

Badisches Landestheater.
Montag, den 20. März, 7 bis 9½ Uhr. Mk. 25.—
Th. Gem. B. V. B. Nr. 501—650 u. alle Nummern über 3500
Katte.

Wie des Lebens Würfel fielen.

Roman von **Fr. Lehne.** *)

(13) ——— (Nachdruck verboten.)

Gilda konnte einmal mit Traugotts Mutter nicht in Uebereinstimmung kommen. Wie war das jetzt wieder bei der Wohnungseinrichtung zutage getreten. Keiner ihrer Wünsche, keine Auswahl nach ihrem Geschmack hatte die Billigung der gestrengen Schwiegermutter gefunden, deren Sinn auf gediegene schwere Zimmereinrichtungen und Wäscheaussteuer ging, während Gilda sich hauchzarte Spitzenwäsche angeschafft hatte und die Räume ganz nach ihrem ausgefallenen Geschmack eingerichtet haben wollte — nur wenige Möbel darin, hauptsächlich aber viele bequeme Sitzgelegenheiten mit einer Unmenge Kissen in allerlei Formen und Größen und Farben — bei ihr spielten die Farben die Hauptrolle — ein leuchtendes Grün, ein königliches Blau und Violett — alles, was raffiniert ihre Tizianschönheit hob, wurde bevorzugt, und dementsprechend waren auch ihre Haus- und Gesellschaftskleider, die ganz modelos gearbeitet waren — alles fließende, lose, tief ausgeschnittene Gewänder. Frau Lehmann Senior schlug die Hände über dem Kopf zusammen, als sie die vielen „Kinkerlitzchen“ und den „Krimskrams“ sah. Sie konnte sich nicht genug wundern, daß Manborgs die Tochter darin noch unterstützten und ihr allen Willen ließen, ebenso, daß auch Traugott, sie so maßlos verwöhnte. Hatte die Liebe ihn denn ganz blind gemacht?

Wie diese Ehe und der junge Haushalt sich entwickeln würden, darauf war sie wirklich gespannt, und nur voller Sorgen dachte sie an die Zukunft des geliebten Sohnes, dem ein solch verwöhntes, launenhaftes, anspruchsvolles Wesen wie Gilda Manborg keine Gewähr für ein dauerndes, solides Glück bieten konnte.

Traugott Lehmann war abgereist.

Zu seinem Schmerz hatte er Gilda nicht dazu bewegen können, seiner Mutter einige Tage zu schenken, wenn auch sein Verstand ihm sagte, daß es so vielleicht doch besser war für alle Teile; nur Gildas Rücksichtslosigkeit tat ihm weh.

Während der Abwesenheit des Verlobten widmete sich Gilda ganz der Musik. Von morgens bis abends saß sie vor dem Klavier und übte, als ob es für sie nichts Wichtigeres zu tun gab. Und kein Konzert ließ sie vorübergehen, stets war die schöne Gilda Manborg unter den Zuhörern. Meistens saß sie neben ihrem Musiklehrer, dem Professor Hagenfeld, und dessen Gattin, beides künstlerische Persönlichkeiten von Bedeutung, zu denen sie sich sehr hingezogen fühlte.

„Es ist eigentlich sehr schade, gnädiges Fräulein, daß die Kunst Sie nun endgültig verlieren soll,“ sagte der Professor nach einem Konzert zu ihr. Ein Pianist von Weltruf hatte sich hören lassen, und sie war hingerissen von dessen meisterhaftem Klavierspiel.

„Welch eine Feierstunde! Wie beneide ich ihn, der auf einer solchen Höhe der Künstlerschaft steht — —“

„— auf die Sie ebenfalls Anwartschaft hätten, gnädiges Fräulein, denn Sie haben das Talent und die Begabung einer ganz großen Künstlerin.“

Da bemerkte Gilda, wie ein schlanker, eleganter, tiefbrünetter Herr, der in einiger Entfernung von ihnen stand, sie unverwandt anschaute.

„Sieh, Theodor, ist das nicht Cesare Righini,“ bemerkte da Frau Hagenfeld überrascht, „ich denke, er ist in Dresden.“ Lebhaft nickte sie dem Herrn zu, der sich verneigte und näher trat.

Righini! Interessiert horchte Gilda auf — das war doch der berühmte Geigenkünstler, den zu hören sie sich schon lange gewünscht.

Und dann wurde er ihr vorgestellt. Heiße Bewunderung glühte in seinen Augen auf, und begierig wartete er darauf, mit ihr ins Gespräch zu kommen. Der Anlaß dazu war ja leicht zu finden — man war einig in der Bewunderung über den Künstler.

„Wie wär's, Herr Righini, wenn wir unser Wiedersehen bei einem Glase Wein feierten?“ meinte Professor Hagenfeld, und auf seine dringende Bitte willigte Gilda ein, für ein halbes Stündchen mit von der Partie zu sein.

Man saß in dem eleganten Weinrestaurant des Hotels, in dessen Festsaal das Konzert stattgefunden; einige Bekannte des Professors, Künstler vom Theater, setzten sich zu ihnen, und bald hatte sich eine angeregte Unterhaltung entwickelt.

Gilda war in ihrem Element; sie sprudelte nur so über von geistreichen, witzigen Einfällen; sie wurde bald zum Mittelpunkt der Gesellschaft, und Huldigungen brachte man ihr dar, die beinahe die Grenze des ihr schon Gewohnten überschritten. Besonders dem Geigenkünstler Righini hatte es ihre bildhafte Schönheit angetan, er saß ihr gegenüber, und seine dunklen schmachtenden Augen wichen nicht von ihrem Gesicht.

„Meister, die halbe Stunde ist längst überschritten; es wird Zeit für mich zu gehen.“ Nach einem Blick auf die Uhr in dem schmalen goldenen Reif, der ihren wundervoll geformten Unterarm umspannte, erhob sich Gilda.

Ausrufe des Bedauerns wurden laut; man wollte sie nicht fortlassen. Sie mußte schließlich der Frau Professor Hagenfeld das Versprechen geben, am nächsten Nachmittag zum musikalischen Tee zu ihr zu kommen.

„Ihr Herr Verlobter ist ja nicht da, Fräulein Manborg, also verkürzen Sie ihn auch nicht!“ bemerkte die Dame lächelnd.

Gern gab Gilda ihre Zusage, ehe sie sich verabschiedete. Wie war der Abend doch anregend gewesen — da war Geist, Talent, Freiheit, Kunst — alles, wonach sie lechzte, und doppelt unerträglich erschien ihr im Vergleich damit die spießbürgerliche, langweilige Art der Schwiegereltern und deren Bekanntschaft.

Und sie freute sich auf den Nachmittag im Hause des feinsinnigen Künstlerpaares, von dem immer so viele Anregungen ausgingen.

Am andern Mittag wurde sie telephonisch von ihrem Schwiegervater angerufen, der sie bat, am Nachmittag zu ihnen zu kommen, da seine Frau sich arg den Fuß verbrüht habe und mit großen Schmerzen auf dem Diwan liege; er würde sich freuen, wenn Gilda ihr die Zeit ein wenig vertreiben wollte.

Gilda runzelte die feinen Brauen. Das fehlte noch — als Krankenpflegerin war sie wahrhaftig nicht geschaffen; sie hatte keine Lust, und überdies war sie ja durch die Einladung verhindert.

Mit einigen oberflächlich teilnehmenden Worten sagte sie dem Schwiegervater ab, indem sie ihren Besuch für den nächsten Tag in Aussicht stellte.

(Fortsetzung folgt).

*) Urheberschutz durch Stuttgarter Romanzentrale C. Ackermann, Stuttgart.